

Bekanntmachung der Geschäftsstelle.

Betr.: Mengenpreise.

Hinweise von Mitgliedern, daß Mengenpreise hier und da heute noch gewährt werden, veranlassen uns, nochmals ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß die Gewährung von Mengenpreisen nach Inkrafttreten der neuen Verkaufsordnung vom 4. Juli d. Jz. nicht mehr zulässig ist. Sie muß als unzulässige Rabattgewährung angesehen und behandelt werden.

Leipzig, den 10. Oktober 1933.

Dr. Heß.

Zur Wirtschaftslage.

Von Prof. Dr. G. Menz.

[Weltwirtschaft — Konjunktur in Deutschland — Buchgewerbe und Buchhandel.]

Die weltwirtschaftliche Lage ist immer noch höchst unbefriedigend. Man kann geradezu von einer Auflösung der Weltwirtschaft in weitestem Umfang sprechen. Überzeugende Belege dafür bringt eben der neueste Vierteljahresbericht des Instituts für Konjunkturforschung im Rahmen einer Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Binnen- und Außenmarkt. Aus einer Übersicht, die die Welthandelsumsätze und die internationale Sachgüterproduktion in ihrer Bewegung vergleicht, ergibt sich, daß seit 1913 die Exportquote unter Schwankungen zurückgegangen ist; dabei hat sich der Rückgang in den Jahren 1931 und 1932 verschärft. Im vergangenen Jahr wurden im internationalen Handel anteilmäßig nur etwa ebenso viel Waren umgesetzt wie um 1860/70. Besonders ist von dieser Entwicklung Europa betroffen worden: Der Ausfuhranteil hat sich gegenüber 1913 um mehr als ein Viertel vermindert. Innerhalb Europas zeigt Deutschland überaus klar die gleichen Entwicklungstendenzen: 1931 verblieben 68% der industriellen Erzeugung auf dem Binnenmarkt; gegenwärtig nimmt der Inlandmarkt 80% der Industrieproduktion auf. Diese zunehmende Bedeutung des Binnenmarktes könnte eine rein konjunkturelle und damit vorübergehende Erscheinung sein. Auch bei dem Übergang von der Depression zum Aufschwung 1926 ist die Exportquote aus konjunkturellen Gründen vorübergehend gesunken. Der Unterschied der gegenwärtigen zur damaligen Entwicklung ist aber außerordentlich groß: 1926 sank die Exportquote, weil die Produktion schneller stieg als die Ausfuhr; aber auch die Ausfuhr stieg an. Dieses Mal hingegen steigt die Produktion, ohne daß die Ausfuhr bisher zugenommen hätte. Zudem sind die wirtschafts- und handelspolitischen Hemmungen gegen eine erneute und nachhaltige Ausdehnung des Außenhandels viel größer als etwa 1926. Vor allem bahnen sich produktionswirtschaftliche Wandlungen an, die, wenn sie sich fortsetzen, das bisherige System der »weltwirtschaftlichen« Arbeitsteilung von Grund auf wandeln würden. In diesem Zusammenhang ist die Industrialisierung der Agrarländer und die Reagrarisierung der alten Industrieländer zu nennen: Die Agrarproduktion ist außerhalb Europas von 1930 bis 1932 ununterbrochen gefallen; in Europa aber steigt die landwirtschaftliche Erzeugung an. Die industrielle Produktion hingegen hat sich bis in das Jahr 1932 hinein außerhalb Europas auf vergleichsweise höherem Stand gehalten als innerhalb Europas; die seither eingetretene Produktionssteigerung ist stärker den außereuropäischen Ländern zugute gekommen. Auch von dieser Seite her gewinnt daher die Binnenmarktpolitik der einzelnen nationalen Volkswirtschaften erhöhte Bedeutung.

Das Institut muß denn auch in seiner Übersicht über die weltwirtschaftliche Lage feststellen, daß wie in Deutschland auch in anderen Ländern die konjunkturelle Belebung der letzten Zeit fast ausschließlich vom Binnenmarkt getragen wird. Die Lockerung der weltwirtschaftlichen Verflechtungen und ihre Auflösung in eine Reihe regionaler Sonderbewegungen hat nach dem Scheitern der Londoner Konferenz weitere Fortschritte gemacht. Die Gegensätze zwischen den Ländern mit entwerteter Valuta und den Goldwährungsländern haben sich verschärft. Die kreditwirtschaftlichen Verflechtungen lösen sich mehr und mehr; trotz hoher Zinsdifferenzen finden zwischen den einzelnen Ländern nur unbedeutende Kapital-

bewegungen statt. Die Welthandelsumsätze haben sich im ganzen in letzter Zeit nicht verändert, obwohl die industrielle Weltproduktion gegenwärtig beträchtlich höher liegt als zu Jahresbeginn. Lediglich auf den Rohstoffmärkten sind noch stärkere internationale Zusammenhänge zu erkennen. Die Hausse in den Vereinigten Staaten von Amerika hat zu einer solchen Preissteigerung geführt, daß die Rohstoffpreise — in Gold gerechnet — auch nach den Rückschlägen in den letzten Monaten noch über dem Stand im März d. J. liegen. Die Befestigung der Rohstoffmärkte und die damit zusammenhängenden Lagereindeckungen reichen jedoch für einen durchgreifenden Aufschwung nicht aus. In allen Ländern, die sich ausschließlich auf die durch die Preisbewegung gegebenen Auftriebskräfte stützen, bestehen Rückschlaggefahren, wenn die von den Rohstoffpreisen ausgehenden Impulse schwächer werden. Bei der Unergiebigkeit der Kapitalmärkte, der mangelnden Unternehmerinitiative und der in zahlreichen Ländern noch unzureichenden Besserung der Rentabilitätsverhältnisse hängt die Überwindung der Depression entscheidend von geeigneten konjunkturpolitischen Maßnahmen ab. Ob das, was in dieser Hinsicht in U.S.A. geschieht, den richtigen Weg darstellt, kann Zweifel auslösen. Schon früher haben wir an dieser Stelle unterstrichen, daß die Vorgänge in den Vereinigten Staaten nicht aus rein wirtschaftlichen Zwangsläufigkeiten zu erklären seien, sondern daß es sich dabei um Politik handele. Schien zunächst der Gegensatz zwischen Industrie- und Bankkapital die Lage zu bestimmen, so ist inzwischen immer deutlicher geworden, daß es letzten Endes die soziale Frage ist, aus deren Spannungen sich alle Weiterungen ergeben. Deswegen ist auch der Einfluß der inflationistisch eingestellten Farmerschaft nicht allein ausschlaggebend. Maßgeblicher scheint uns zu sein, daß die Politik des Präsidenten Roosevelt in erster Linie die Macht der Gewerkschaften ganz ungeahnt hat ansteigen lassen. Das dürfte vor allem für die Dauer von tiefgreifender Wirkung bleiben, nachdem bisher die Gewerkschaftsbewegung in Nordamerika nie recht zu Erfolgen hatte kommen können. Es ist schwer, diesen grundlegenden Wandlungen aus der Ferne mit voller Übersicht aller Möglichkeiten zu folgen. Das aber dürfte wohl feststehen: sollte die Politik, die man in Washington jetzt für richtig hält und vielleicht schon wagen muß, weil es nicht mehr anders geht, nicht zum Ziel führen, dann steht das Land vor Erschütterungen, deren Ausmaß und Tragweite man sich kaum groß genug vorstellen kann. Wie oft ist das Wort zitiert worden: Amerika, du hast es besser! Vielleicht gilt auch dafür nur zu bald: es war einmal. Die Abschwächung, die der Dollar erfahren hat, ist in erster Linie die Folge einer Kapitalflucht, die schon auf eine Milliarde bemessen wird. Bessert sich die Lage und kehrt das Vertrauen zum Dollar zurück, so würde sein Kurs vermutlich rasch steigen, da Zahlungs- wie Handelsbilanz gegen die Entwertung wirken. Auch die englischen Schuldzahlungen können den ohnehin verknäpften Dollar nach oben treiben. Vielleicht begünstigt das Englands Bemühungen, doch noch eine Streichung wenigstens der Zinslasten dieser Schuldverpflichtungen zu erlangen. Die möglichen Schwankungen bedeuten selbstverständlich für die Wirtschaft, insbesondere die Banken, ständige Gefahr. Wallstreet möchte deshalb vor der de jure Stabilisierung möglichst schon eine de facto Stabilisierung erreichen. Aber in Washington kann man sich offenbar nicht entschließen. Ehe das Schicksal des Dollars nicht entschieden ist, bleibt natürlich auch die Pfundfrage offen. Frankreich aber hat eben erneut verkündet, daß es unentwegt am Gold festhält.

Für die wirtschaftliche Weiterentwicklung in Deutschland ist im Augenblick wohl die eben in Basel gefallene Entscheidung, mit der die in der WZ. vertretenen internationalen Zentralbanken der Reichsbank die offene Markt-Politik freigegeben haben, von größter Bedeutung. Bisher konnte die Reichsbank Effekten nur beleihen. Jetzt darf sie Effekten entsprechender Qualität auch für eigene Rechnung ankaufen. Das wird vor allem den Banken zugute kommen, aber, wie sich bereits angedeutet hat, auch den Kapitalmarkt im ganzen beleben. Mit der Kursbesserung der Festverzinslichen, die davon erwartet wird, dürfte dann auch die Voraussetzung für eine Konvertierung, also den längst sehnlichst angestrebten Zinsabbau gewonnen werden. Das wird zur weiteren Belebung und Stützung der Konjunktur wesentlich beitragen. Über deren augenblicklichen